

Studienfinanzierung in Pandemie-Zeiten

## Studieren unter Corona



Die DGB-Hochschulgruppe Frankfurt macht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main auf die existentiellen Nöte der Studierenden aufmerksam.

**// Viele Studierende bangen im Zuge der Coronakrise um ihre Existenz. Die Bundesregierung präsentiert ein Darlehen statt tatsächlicher Unterstützung der Studierenden. Kritik an den Maßnahmen kommt von den GEW-Studis und dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs). Weiterhin bleibt die Frage offen, wie die Hochschulen das Semester schultern werden. //**

Die Einschätzungen, wie das Sommersemester 2020 läuft, schwanken zwischen „Chance für Innovation und Digitalisierung“, „Was ändert sich schon?“ und „Wir brauchen ein Solidarsemester!“. Fest steht: Studierende sind dieses Semester mit besonderen Herausforderungen, Problemen und Nöten konfrontiert. Von der Coronakrise sind besonders jene Branchen betroffen, die typische Studierendenjobs bieten: Kellnern in der Gastronomie, Arbeiten auf der Messe sowie Minijobs, die durch den Konjunkturerbruch als Erstes wegrationalisiert werden. Besonders heikel dabei: Fallen für Studis die Jobs weg, haben sie keinen Anspruch auf ALG II oder sonstige soziale Sicherungsnetze. Als Unterstützung wird stattdessen oftmals auf das BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) verwiesen. Vergessen darf man dabei jedoch nicht, dass aufgrund der aktuellen Einkommensgrenzen, der komplizierten Antragsstellung und dem Hemmnis der Rückzahlung lediglich 12 Prozent der Studierenden überhaupt BAföG erhalten. Zwei Drittel der Studis jobben hingegen, um sich ihr Studium zu finanzieren – das sind etwa zwei Millionen Studierende, von denen nun viele ihren Job verloren haben.

### Unzureichendes „Unterstützungspaket“

Auf die Coronakrise reagierte die Bundesregierung hinsichtlich der Hochschulen spät. Bereits im März hatten Studierende erste existenzgefährdende Einkommensausfälle zu beklagen, doch erst Mitte April wurde das sogenannte „Unterstützungspaket“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durch Ministerin Anja Karliczek vorgestellt. Hierbei wurden im ersten Aufschlag die individuelle Erhöhung der BAföG-Förderungshöchst-

dauer um ein Fachsemester bei nachweislicher coronabedingter Studienverzögerung sowie die Verlängerung der Höchstbefristungsdauer des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) um sechs Monate für wissenschaftliche Beschäftigte in der Qualifizierungsphase beschlossen. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte blieben von diesen Verlängerungsmöglichkeiten ausgenommen. Und noch eine Gruppe fehlte im ersten Aufschlag gänzlich: die Studierenden, die kein BAföG bekommen.

### Unterstützung oder Darlehen

Studierendenvertretungen und Gewerkschaften haben dafür gesorgt, dass diese Probleme öffentlich diskutiert und wahrgenommen wurden, die Lösung blieb allerdings unzulänglich: Von den Gewerkschaften und den Studierenden, der Hochschulrektorenkonferenz sowie vom Deutschen Studentenwerk wurde eine Unterstützung gefordert, vom BMBF und der Bundesregierung kam nur ein Darlehen. Dieses Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist jedoch nicht – wie von Anja Karliczek suggeriert – ein „zinsloses Darlehen“, sondern nur ein Darlehen mit einer zinsfreien (Eingangs-)Phase bis März 2021. Seine Rückzahlung beginnt spätestens 23 Monate nach Auszahlungsende – unabhängig von der ökonomischen Situation und unabhängig davon, ob das Studium dann bereits abgeschlossen sein wird. Für viele Studierende bedeutet dies, nach der Krise zwei Jobs aufnehmen zu müssen: einen, um ihre Lebenshaltungskosten wie Miete, Essen, Strom etc. zahlen zu können und einen zweiten Job, um die Schulden des Kredites abzubezahlen. Besonders hart trifft es ausländische Studierende, die teilweise durch Studiengebühren einer höheren finanziellen Belastung ausgeliefert sind und nur geringe Zeitperioden haben, in denen sie arbeiten dürfen, um die Schulden wieder abzubauen.

### Bildungsgerechtigkeit und soziale Selektion

Mit dieser sogenannten „Überbrückungshilfe“ der Bundesregierung entsteht nun ein weiterer selektiver Einschnitt, da sich insbesondere Studierende aus einkommensschwachen Familien schwerer tun, ein Studium anzutreten und

abzuschließen, wenn sie dafür Schulden aufnehmen müssen. Die Hochschule ist bereits ein selektiver Ort, der mitnichten die Sozialstruktur der Gesellschaft als Ganzes abbildet. Karliczek verstärkt durch ihre Politik – nicht zuletzt auch durch die völlig unzureichende BAföG-Reform 2019 – die diskriminierende Selektion im Hochschulwesen und in übergeordneter Weise auch die Bildungsungleichheit. Die Bildungsministerin hat es auch mit zu verschulden, dass die 900 Millionen Euro der in 2019 nicht ausgeschöpften BAföG-Mittel nicht dazu genutzt wurden, Studierende jetzt in der Notsituation zu unterstützen. Auch deshalb haben einige Studierendenverbände, darunter der fzs und der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW, den Rücktritt Karliczeks gefordert.

### Digitales Studium und finanzielle Unsicherheit

Studieren unter Corona stellt viele Menschen an den Hochschulen vor erhebliche Herausforderungen. Die Lehre, die im traditionellen Format auf Präsenzlehre setzt, nun in Windeseile auf Digitalformate umzustellen, ist keine leichte Aufgabe. Nicht nur für Studierende ist die Umstellung auf digitale Lehre problematisch, sondern auch für Lehrende ist es eine ungemaine Mehrbelastung, die individualisiert wird. Insbesondere dann, wenn Studierende und Dozierende Sorgeverpflichtungen für Kinder und Angehörige oder selbst psychische oder körperliche Beeinträchtigungen haben. Die Auswirkungen der bisher von vielen Hochschulen versäumten Digitalisierung der Lehre und fehlender finanzieller Unterstützung werden uns noch lange beschäftigen. Erhöhte Studienabbrüche, schlechtere Lernerfolge, überarbeitete Dozierende, Burnout auf allen Seiten und eine ganze Generation verschuldeter Studis werden durch die aktuelle Politik provoziert.

**Nathalie Schäfer ist seit 2018 Teil des Sprecher\*innenteams des Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) und studiert Ästhetik in Frankfurt am Main. Jakob Bühler ist Vorstandsmitglied im freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs).**

Studierende in der Coronakrise

27.01.  
Erster Coronafall in Deutschland

16.03.  
Die Hochschulen beginnen, Präsenzbetrieb einzustellen

19.03.  
Studierendenvertretungen fordern: Probleme mit BAföG und Online-Kursen angehen!

23.03.  
Bündnis „Soforthilfe für Studis“ startet Petition und sammelt 56.669 Unterschriften

25.03.  
Bundestag beschließt BAföG-Änderung: Verdienste aus „systemrelevanten Tätigkeiten“ werden nicht angerechnet

06.04.  
Bündnis „Solidarsemester 2020“ veröffentlicht Forderungen

07.04.  
GEW-Positionspapier „Forderungen zum Schutz der Studierenden und Beschäftigten in Hochschule und Forschung in der Corona-Krise“

08.04.  
Bundesregierung stellt Entwurf des „Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetzes“ (WissStudUG) vor

09.04.  
Online-Presskonferenz von „Solidarsemester 2020“

14.04.  
GEW kritisiert Darlehenspläne der Bundesbildungsministerin Karliczek